

Migranten auf die Straße

Zu: „Mir sind die Ängste der AfD-Wähler völlig egal“, FR-Tagesthema vom 20.9.

Danke, Burak Yilmaz, für den erhellenden Perspektivwechsel auf die Sichtweise von Migrant:innen angesichts der neuerlichen Stimmungsmache gegen Asylsuchende. Dabei versuchen Sie allerdings, diejenigen Demonstrant:innen an den Pranger zu stellen, die im Frühjahr gegen die AfD auf die Straße gegangen sind. Sie sagen, viele Migrant:innen würden sich jetzt fragen, wo all diese Leute geblieben sind. „Warum erheben die nicht ihre Stimme? Warum sagen die nichts und üben Druck auf die Parteien aus?“

Nun, da fühle mich angesprochen, denn ich hatte seinerzeit demonstriert. Mir fiel allerdings damals schon auf, dass recht wenige Migrant:innen auf der Demo zu sehen waren. Warum erheben die nicht selbst ihre Stimme?, habe ich mich gefragt. Und das frage ich auch Herrn Yilmaz jetzt: Warum gehen die vielen Migrant:innen nicht auch selbst auf die Straße und demonstrieren? Sie leben hier in einer Demokratie, in der man sich um seine Rechte immer wieder selbst kümmern muss.

Daher lautet mein Appell: Herr Yilmaz, liebe Migrantinnen und Migranten, gehen Sie bitte selbst auf die Straße, demonstrieren auch Sie gegen den Aufstieg des Faschismus und zeigen Sie, dass Sie verstanden haben, wie Demokratie funktioniert. Üben Sie selber Druck auf die Parteien aus. Ich freue mich, wenn Sie zahlreich an den Klimaprotesten teilnehmen, denn die betreffen uns auch alle. Susanne Köhler, Frankfurt

Trauriges Bild vom Kanzler

Zu: „Die UN stehen wieder gespalten da“, FR-Politik vom 23. September

Das Foto von Scholz im Kontext zum Beitrag fordert eine deutliche Anmerkung geradezu heraus! Da steigt der deutsche Bundeskanzler in diplomatischer Mission zur UN-Vollversammlung (!) in New York die Gangway des Regierungsflyers herunter in einer Montur, dass man fast zweimal hinschauen muss, ob er es ist. Man glaubt es nicht! Der deutsche Regierungschef präsentiert sich im Outfit wie zum Campen oder zum Ernteeinsatz in einer Art Regenjoppe, in abgetragenen Jeans, grobem Schuhwerk, mit seiner abgetragenen, vollen Akten Tasche wie ein pingeliger Buchhaltertyp, und die linke Verlegenheitshand in üblich verklemmter Haltung weiß nicht, wo sonst hin mit ihr. Da war sogar der alte Mao Tse Tung in seiner quasi militärischen Arbeiterkluft besser angezogen.

Bisher hatte ich keine rechte Vorstellung, was die Wiener meinen, wenn sie uns Deutsche „Piefke“ nennen. Nu weiß ich's. Irgendwie stimmt sein Bild dann auch mit dem Zustand unseres Landes überein. Traurig.

Thilo Krause-Palfner, Frankfurt

Die Weichen für die Zukunft werden jetzt gestellt

Landtagswahlen in Ostdeutschland: „Woidke sticht“, FR-Titel vom 23.9. und „In Ostdeutschland entwickelt sich eine Politik ohne Parteien“, FR-Tagethema vom 18.9.

Kein Grund, um in Euphorie auszubrechen

Als Sozialdemokrat mache ich es mir nicht so einfach und resümiere aus der gewonnenen Landtagswahl für die SPD einfach die Feststellung, dass das Wahlergebnis in Brandenburg gezeigt hat, dass Sozialdemokraten noch Wahlen gewinnen können. Viel zu stark sind die exorbitanten Gewinne der zumindest in Teilen rechtsextremen AfD, und auch die Gewinne des BSW sprechen nicht unbedingt vom Vertrauen der meisten Wählerinnen und Wähler in gesellschaftlichen Fortschritt und Demokratie. Denn die ausländerfeindlichen Positionen des BSW sind viel zu stark, als dass wirklich Liberale in Euphorie ausbrechen könnten.

Trotzdem hat sich der Zweikampf zwischen SPD und AfD mit den Argumenten Dietmar Woidkes für die SPD zwar knapp, aber dennoch ausgezahlt. Die Brandenburger sind also nicht in einem anderen, braun gefärbten Land aufgewacht, was zunächst mal Erleichterung erzeugt. Olaf Scholz als Bundeskanzler sollte ähnlich wie Woidke in Brandenburg bei den Bundestagswahlen alles auf eine Karte setzen und deutlich machen, worum es in erster Linie geht, nämlich um den Erhalt der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik – und zwar ohne braune Flecken.

Manfred Kirsch, Neuwied

Mit Achtung für den Wert menschlicher Arbeit

Im Bundestagswahlkampf der SPD 2021 war der Begriff „Respekt“ überall auf den Plakaten zu lesen war. Diesen Begriff bezogen auf den Lebensbereich der Arbeit zu füllen, müsste sich diese Partei als Aufgabe setzen, um auch die Menschen im Osten wieder als Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

1972 war die SPD als traditionelle Arbeiterpartei stärkste Fraktion im Bundestag. Seitdem haben sich lohnabhängige Arbeit und gehaltsbasierte Beschäftigungen stark gewandelt. Zeitarbeitsverhältnisse, befristete Verträge, Leiharbeit, Influencing waren damals unbekannt. Mitbestimmungsmodelle wie bei VW oder eine Sozialverpflichtung, die



Teilnehmer einer Protestdemo gegen die rechte Politik der AfD versammeln sich in Potsdam (Brandenburg). DPA

bei Thyssen Krupp Tradition war, sind heute kaum noch vermittelbar. Eine Firma schließt zum Beispiel Standorte von Kliniken, um sie nebenan wieder zu eröffnen, nur um eine Arbeitnehmervertretung zu umgehen.

Was in der Arbeitswelt von heute an Bedeutung verloren hat, ist das Bewusstsein vom identitätsstiftenden Wert der Arbeit, der sich gegen die Erzählung von schnellem Geld durch smarte Geschäftsideen, Wertpapierhandel und Influencing behauptet. Warum stehen Menschen jeden Morgen diszipliniert und verantwortungsvoll auf und erfüllen mit der Kraft ihrer Persönlichkeit gewissenhaft ihre Aufgaben am Arbeitsplatz? Arbeit bedeutet für die Identität jedes Menschen mehr als auf dem Gehaltszettel steht und das Konto füllt. Sie erfahren durch ihren Einsatz und ihre Kompetenz Wertschätzung und ein Erlebnis der Würde.

Die SPD wäre aufgerufen, für die moderne Zeit eine Erzählung

zu liefern, wie Arbeit auch in der Epoche des Big Business und der New Economy zur Gestaltung der Lebenszeit und der individuellen Sinnfindung beiträgt und höhere Rendite hat als das Wertpapier der Börse. Das innere Bewusstsein des gesellschaftlichen Wertes und die Anerkennung des eigenen Beitrages an Arbeit verpflichtet die Menschen für die demokratische Gesellschaft und ihre Protagonisten.

Wird der Wert menschlicher Arbeit hoch geachtet, müssen im Gegenzug auch den öffentlichen Ämtern in Schule und Politik unserer Gesellschaft Wertschätzung und Respekt entgegen gebracht werden. Das Bemühen um Bildung, um eine ethisch-moralische reflektierte Lebensführung und lebenslanges Lernen sollte die Menschen aus allen Schichten und Kulturen vereinen. Kreative Tatkraft, Initiative und Innovationswille müssen sich lohnen und bei den Menschen im Osten und Westen

nachgefragt werden. „Respekt, weil du es wert bist“ wäre ein Motto für den neuen Wahlkampf. Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

Anspruch und Wirklichkeit liegen weit auseinander

Im Januar formulierte Sarah Wagenknecht im Interview mit der Berliner Morgenpost: „Wir sollten die AfD nicht größer reden, als sie ist“ und „Natürlich wünsche ich mir, dass wir viele Wähler, auch solche der AfD, überzeugen können.“ Das könne dazu beitragen, dass Thüringen wieder regierbar werde, mit einer Koalition, die eine parlamentarische, aber auch gesellschaftliche Mehrheit hinter sich habe.

Tatsächlich hat die abenteuerliche Teilnahme des BSW an der Landtagswahl in Thüringen dazu geführt, dass die AfD mit deutlichem Abstand zu allen anderen Parteien stärkste Fraktion im Landtag geworden ist. Jetzt kann sie mit Berufung auf parlamentarische Tradition für Björn Höcke den Posten des Ministerpräsidenten einfordern. Auch und gerade beim BSW liegen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Eine Koalition aus AfD und BSW sollte am Ende niemanden wirklich überraschen. „Reflexartig alles abzulehnen, was von der AfD kommt, hat die Partei nicht ausgebrems“ – Sarah Wagenknecht zur FAZ vor der Landtagswahl. Hans Möller, Frankfurt

Ein Zusammenleben in Ruhe und Ordnung

Die Demokratie bietet uns Menschen die wohl beste Wahl, in Ruhe und Ordnung zusammenzuleben. Dazu braucht es sicher Menschen, die uns diese Ruhe und Ordnung garantieren. Menschen, die sich in Politik und Wirtschaft, in Organisationen oder in ehrenamtlicher Arbeit engagieren. Das ist gut, ohne diese funktioniert keine Demokratie. Was ich für den Begriff und das Empfinden für Demokratie störend empfinde, sind Worte wie Wahlkampf (der Kampf um die Macht?), Wahlsieg, danach dann Fraktionszwang. Macht und Demokratie, das passt nicht so recht zueinander. Demokratie spricht andere Worte. Wilhelm Pabst, Erlensee

Diskussion: frblog.de/wahlen-ost

Wie man versichert ist, so wird man behandelt

Kosten der Klinikreform: „Privatversicherte außen vor?“, FR-Wirtschaft vom 23. September

Lauterbachs Vorschläge sind hanebüchen

Die Krankenhausreform nach den Vorschlägen des Gesundheitsministers Herrn Karl Lauterbach ist hanebüchen. Die gesetzlich Versicherten tragen die Kosten, die Privatversicherten zahlen nichts. Im Krankenhaus ist die Versorgung der Privatversicherten im Gegensatz zu den gesetzlich Versicherten erheblich besser. Es fängt mit dem Krankenzimmer an, geht weiter über die Verpflegung, bessere künstli-

che Gelenke. Die Narkosemittel, die bei PV eingesetzt werden, sind besser verträglich. Diese Liste lässt sich endlos verlängern. Es kann wohl in einer Demokratie – oder sind wir schon eine Bananenrepublik? – nicht sein, dass PV an den Kosten nicht beteiligt werden, dafür aber in allen Bereichen eine bessere Versorgung erhalten. Man kann wohl davon ausgehen, dass die Experten, die für die Krankenhausreform zuständig sind, alle privat versichert sind!

Gisela Wilken, Maintal

Mit der üblichen Lobby-Brille

Schön wäre es gewesen, wenn die Chefin des AOK-Bundesverband, Frau Reimann, lobend erwähnt hätte, wie Privatpatienten durch ihre hohen Abrechnungssätze den Erhalt von unterbezahlten Chefärzten in Krankenhäusern ebenso ermöglichen wie den von ausgelagerten Funktionseinheiten, etwa Röntgenabteilungen. Irgendwie setzt sie – mit der üblichen Lobby-Brille – auch voraus, dass Privatpatienten

sich wohl nicht an den von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Steuergeldern beteiligen.

Gewünscht hätte ich mir statt Fremdschelte, dass sie die Re-Migration von Privaten in die gesetzliche Versicherung gefordert hätte. Und progressive Kräfte bei der Einführung einer Bürgerversicherung öffentlich unterstützen würde, statt mit populistischen Sprüchen nach Punkten für eine Wiederwahl und Schlagzeilen zu fischen.

Detlef Lorenz-Ellermann, Eppstein